

Bericht des Beirats zum Sachsen Monitor 2018

1. Grundsätzliches

Zum dritten Mal liegt nun nach 2016 und 2017 der Sachsen-Monitor vor, der vom Institut dimap im Auftrag des Freistaates Sachsen erstellt wurde. Befragt wurden 1011 Erwachsene – nach Zufallsprinzip.

Der Kern der Fragen wird dabei von der Staatsregierung erarbeitet, ein kleinerer Teil vom Beirat eingebracht, um auf diese Art und Weise jährliche Akzente zu setzen.

Die Befragung zielt auf Einstellungen, nicht auf Verhalten und Handlungen.

Aus der Fülle der Daten ergibt sich die Möglichkeit, über den relativ kurzen Zeitraum von drei Jahren bereits mittelfristige Trends und Tendenzen festzustellen. Aufgrund der Breite des Fragenkatalogs bietet der Sachsen-Monitor ein politisch, gesellschaftlich und auch wissenschaftlich breites Instrumentarium, das markante Einblicke in die Einstellungswelt der sächsischen Bevölkerung und Korrelationen zwischen unterschiedlichen Themen und Politikfeldern ermöglicht.

Dem Beirat des Sachsen-Monitors gehören an: Dr. Roland Löffler, Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (Vorsitz); Alexander Ahrens, Oberbürgermeister der Stadt Bautzen; Dr. Christian Demuth, Vorsitzender des Vereins Bürger Courage e.V.; Gesine Oltmanns, Vorstandsmitglied der Stiftung Friedliche Revolution, Leipzig; Prof. Dr. Beate Neuss, Technische Universität Chemnitz; Prof. Dr. Barbara Wolf, Hochschule Mittweida.

2. Zusammenfassung der Ergebnisse: Die sächsischen Probleme und ihre Wahrnehmung

Der Sachsen-Monitor 2018 zeigt das Bild einer nervösen und gespaltenen Mitte der Gesellschaft. Wie in den Vorjahren belegt die Umfrage 2018 eine hohe Ambivalenz in den Bewertungen der gesellschaftlichen Entwicklungen. Bedeutsam in der Umfrage von 2018 ist, dass von den Befragten erstmals der **Lehrermangel als dringlichstes politisches Problem benannt wird** (20 Prozent - plus 7 Prozent Zuwachs).

- Mit 47 Prozent bilden allerdings soziale Problemfelder den größten Bereich der gesellschaftlichen Sorgen der Sachsen. Diese Zahl ergibt sich, wenn man all die Themen zusammenrechnet, die die Befragten nannten wie Arbeitslosigkeit/Armut/Billiglöhne/soziale Gerechtigkeit/Jugendarbeitslosigkeit, bezahlbaren Wohnraum. Diese Tendenz war bereits in den zwei vorherigen Sachsen-Monitoren zu beobachten (37 Prozent in 2017 sowie 32 Prozent in 2016).
- Ihnen folgen mit **36 Prozent Probleme der Daseinsversorgung** (ärztliche Versorgung, KITAS/Pflege, Infrastruktur), die sich im Kontext der Angst um die Erosion der eigenen Heimat ranken. Heimat wiederum hat auch in Sachsen einen hohen Stellenwert.
- **Themen der kulturellen Konfliktlinie** beschäftigen die Sachsen in hohem, aber keineswegs wachsendem Maße: Der Bereich Asylpolitik/Integration von Ausländern/Überfremdung liegt 2018 wie 2017 bei 22 Prozent, während 2016 noch 24 Prozent der Sachsen hier Sorgen äußerten. Die Angst vor Radikalismus und Ausländerfeindlichkeit ist von 11 Prozent in 2016 auf 6 Prozent in 2017 und nun 7 Prozent in 2018 zurückgegangen.
- Erschreckend bleibt die hohe Zahl an **fremdenfeindlichen Einstellungen**. 56 Prozent der Sachsen sehen – wie im Vorjahr – auch 2018 die Bundesrepublik in einem gefährlichen Maße durch Ausländer überfremdet. Damit liegt Sachsen weiterhin deutlich über dem Bundesdurchschnitt.¹
- Angewachsen um plus 7 Prozent ist die Ablehnung von Sinti und Roma (auf 57 Prozent). So unerfreulich der Wert ist, so liegt er genau im Bundesschnitt und leicht unter dem Durchschnittswert der neuen Länder von 60 Prozent.
- Einen deutlichen Zuwachs lässt sich auch bei Ressentiments gegenüber Langzeitarbeitslosen feststellen, die sich bei 50 Prozent der befragten Sachsen feststellen lassen. Das ist ein Plus von 7 Prozent in 2018.
- Auch bei Ressentiments ist Sachsen geteilt: Während ungefähr 15 Prozent der Sachsen harte menschenfeindliche Aussagen voll unterstützt, lehnt rund die Hälfte der Sachsen fast alle Ressentiments ab.

Im Sachsen-Monitor 2018 wurden auch die **Gründe für das Ungerechtigkeitsgefühl** abgefragt: 45 Prozent der Sachsen sagen, dass sie weniger oder sehr viel weniger als den gerechten Anteil im Vergleich zu anderen Menschen in Deutschland erhalten. Sie beziehen ihre Aussagen etwa zu 40 Prozent auf die **Löhne, die** immer noch geringer als in den alten Bundesländern seien. 27 Prozent nennen ungleiche **Renten**. Immerhin 12 Prozent sagen, es gäbe keine **Würdigung der jahrelangen, harten Arbeit**.

¹URL: https://www.boell.de/de/2018/11/07/leipziger-autoritarismus-studie-2018-methode-ergebnisse-langzeitverlauf?fbclid=IwAR0w00QC02ZoJkWH53b5PRNoigDuvNJTlzSZy9La6B0OYx_j6MSWKVfHR4k [abgerufen am 07.11.2018].

Dieses Ungerechtigkeitsgefühl beschreibt zudem eine Sorge für breite Gesellschaftsschichten, etwa, dass die Rente nicht zum Leben ausreiche. Hier sind die Zahlen seit 2016 deutlich gestiegen: 59 Prozent und damit 9 Prozentpunkte mehr als 2016 machen sich Sorgen vor Altersarmut. Hingegen nennt nur eine kleine Minderheit von 5 Prozent, „Ausländer und Flüchtlinge hätten es einfacher“ als Grund für das eigene Ungerechtigkeitsgefühl. Das schließt allerdings nicht aus, dass Ungerechtigkeitsgefühle auf Flüchtlinge projiziert werden.

3. Empfehlungen

3.1. Will man die gespaltene und nervöse Mitte der sächsischen Gesellschaft stärken, braucht es eine Politik für die Mitte – ein anspruchsvolles Unterfangen, gilt es doch den Stabilitätserwartungen der Mitte entgegenzukommen - und zugleich die Mitte als integrierende Kraft der Gesellschaft zu öffnen: Sei es für Bildungsaufstieg aus unteren Schichten oder für Zuwanderer unterschiedlicher Provenienz.

3.2. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen einen enormen Vermittlungs- und Kommunikationsbedarf zwischen Politikern und Bürgern. **Kreative Wege der politischen Kommunikation** sind hier zu suchen und **die flächendeckende politische Bildung** zu realisieren, damit Austausch entsteht, während Niederschreien und Pöbeln aus der politischen Kultur des Freistaates exkludiert werden. Zum Vermittlungsbedarf gehören Wissen und Verständnis für das komplexe System der Demokratie (Kompetenzverteilung im Föderalismus, Funktion von Pluralismus, Bedeutung eigenen Mittuns, Rolle des Rechts, Notwendigkeit von Kompromissen, Soziale Marktwirtschaft). Dies gilt auch für die Aufarbeitung der Zeitgeschichte Sachsens und ihrer Brüche – vom gespaltenen Freistaat der ersten Jahrhunderthälfte über zwei Diktaturen bis zur für viele Sachsen traumatisch empfundenen Transformationsphase nach 1990. Insgesamt sollten neue Formen gefunden werden, die auch Bürger erreichen, die in Echokammern gefangen sind – etwa durch Online-Angebote oder aufsuchende Angebote. Bemerkenswerterweise sehen 86 Prozent der Sachsen in politischer Bildungsarbeit einen effektiven Schutz der Demokratie in Deutschland.

3.3. Der Wille zur gesellschaftlichen Partizipation ist in Sachsen deutlich erkennbar. **Bürgerschaftliches Engagement, das aus der Mitte und für die Mitte der Gesellschaft erwächst**, das umfängliche gesellschaftliche Integrationsmaßnahmen stärkt, soziale Missstände angeht, gegen Rassismus und für Demokratie eintritt und den Zusammenhalt in Sachsen stärkt, sollte nachdrücklich unterstützt werden. Um ein Mehr an Partizipation zu ermöglichen, sollten regionale Engagement fördernde Strukturen überdacht und entsprechende Förderpolitiken überprüft werden. Zugleich sollten neue Formen der **Co-Produktion von Wohlfahrt** gefördert werden, in denen Staat, Gesellschaft und Wirtschaft im Sinne des Gemeinwohls kooperieren. So entstehen wichtige Selbstwirksamkeitserfahrungen und gesellschaftliches Vertrauen - die ein probates Mittel gegen Frustration und Institutionenskepsis sind.

3.4. Zudem bleibt die Politik aufgefordert, die von der Bevölkerung als **Misstände** empfundenen Phänomene anzugehen. Dazu gehören vor allem **sozialpolitische Maßnahmen für die Unterschicht, die Verbesserung der Bildungssituation und der Infrastruktur** sowie – aus der Sicht vieler – der **inneren Sicherheit**.

3.5. Es gilt deshalb genauer zu bedenken, welche Möglichkeiten Politik, Gesellschaft und Tarifpartner haben, um der empfundenen oder auch realen Leistungsgerechtigkeit im Bereich von Einkommen und Alterssicherung zu begegnen, die gerade weite Teile der unteren Mittelschicht sehr beschäftigt. Hier liegt jedenfalls ein Nukleus gesellschaftlicher Unzufriedenheit mit dem Potential, die gesellschaftliche Mitte zu spalten.

3.6. Der **Vertrauensverlust in die Gerichte und in die Sozialverwaltungen** bedarf eingehender Untersuchungen, um die Ursachen für empfundene Ungleichbehandlung zu erkennen.

3.7. Die **Evaluation von Programmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus** sollte vorangetrieben werden.

3.8. **Der Sachsen-Monitor sollte in den kommenden Jahren unbedingt fortgeführt werden.** Dabei wäre der **Wechsel auf einen Zweijahresrhythmus** zu prüfen, wie ihn etwa

auch die seit 2002 erhobene Leipziger Autoritarismus-Studie gewählt hat. Gleichzeitig könnte mit dieser Taktung eine quasi kostenneutrale Ausweitung **des Samples** der befragten Sachsen einhergehen. Dies könnte zu einer Vertiefung sozio-demografischer Daten führen. Qualitative Befragungen zu Einzelthemen wären ebenso zu begrüßen wie eine **wissenschaftliche Begleitforschung, die bei den vergleichbaren Monitoren** in Thüringen und Sachsen-Anhalt bereits eingeführte Praxis ist.

4. Deutungen

Nervöse und gespaltene Mitte

Sachsen ist gegenwärtig durch eine „**nervöse Mitte**“² und eine „**gespaltene Mitte**“³ der Gesellschaft gekennzeichnet. Die „Mitte der Gesellschaft“ ist hier sowohl soziologisch als auch als normativer Zielpunkt der Gesellschaft zu verstehen. Die Mitte der Gesellschaft versteht sich immer als **Stabilitätszone der Gesellschaft, lehnt Turbulenzen ab, hat Status- wie Konsumerwartung und vertritt kulturelle und soziale Werte**. Wer über die Mitte der Gesellschaft spricht, muss auch deren Integrationsfähigkeit und deren Konfliktbereitschaft thematisieren – bis hin zu Wohlstandskonflikten, die sich aus dem Sachsen-Monitor ablesen lassen.

Trotz der sinkenden Arbeitslosigkeit und einer hohen Zufriedenheit mit den wirtschaftlichen und persönlichen Entwicklungen ist die Mitte in Sachsen von erkennbaren Befindlichkeiten getrieben, die sich in sozialen Sorgen (gefühlter Deprivation), in Misstrauen gegenüber Politikern und Parteien, in autoritären und rassistischen Einstellungen niederschlagen. Insgesamt sind die Vertrauenswerte in Sachsen nicht sehr stark ausgeprägt (43 Prozent Vertrauen sowie 55 Prozent eher Misstrauen bzw. Skepsis gegenüber den Mitmenschen). Nach einer Studie der Hamburger BAT-Stiftung von 2013 ist der deutsche Durchschnittswert für Vertrauen in den Mitmenschen in den letzten drei Jahrzehnten auf bis 65 Prozent gewachsen.⁴

Nach dem Sachsen-Monitor fühlt sich die überwältigende Mehrheit der Sachsen der Mittelschicht zugehörig (7 Prozent der gehobenen Mittelschicht; 47 Prozent der mittleren Mittelschicht; 34 Prozent der unteren Mittelschicht).

Die Bedeutung bestimmter politischer Themen hängt zweifelsfrei von der sozialen Schichtzugehörigkeit ab. Für Akademiker sind Fragen der Bildung sehr wichtig (27 Prozent), während sich Hauptschulabsolventen stärker mit der Integration der Ausländer und Arbeitslosigkeit auseinandersetzen (je 21 Prozent). Im ehemaligen Bezirk Chemnitz mit einer höheren Unterschichtenzugehörigkeit spielt das Thema Armut/Billiglöhne/Altersarmut eine größere Rolle (22 Prozent).

Es ist nicht verfehlt, von einer **Drei-Drittel-Gesellschaft in Sachsen** zu sprechen.⁵ Das **untere Drittel der sächsischen Bevölkerung** fühlt sich offensichtlich **ungerecht behandelt**, hat höhere finanzielle Sorgen und scheint **tief enttäuscht von der Politik** zu sein. Dort finden sich zum Teil erhebliche Ressentiments gegenüber Fremden sowie Misstrauen in Politik und Gesellschaft. Dieses Drittel rekrutiert sich vor allem aus der unteren Mittelschicht und der Unterschicht.

Gleichzeitig meldet sich **in einem zweiten Drittel eine verunsicherte Mittelschicht zu Wort**, von der sich die meisten der mittleren Mittelschicht, viele auch der oberen Mittelschicht zuordnen. **Ihr geht es zwar wirtschaftlich relativ gut, sie artikuliert aber trotzdem teils**

² Vgl. Berthold Vogel, Wohlstandskonflikte, Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen, Hamburg 2009.

³ Vgl. Andreas Zick/ Beate Küpper/ Daniela Krause, Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn 2016.

⁴ Vgl. https://www.handelsblatt.com/arts_und_style/aus-aller-welt/studie-deutsche-haben-mehr-vertrauen-in-ihre-mitmenschen/9252278.html?ticket=ST-6448782-vlg1ZMjPkO7tkLpwSM1H-ap2 [abgerufen am 7.11.2018]. Der „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“ der Bertelsmann-Stiftung von 2014 kommt zu ähnlichen Ergebnissen, konstatiert erhebliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Vgl. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Radar_Gesellschaftlicher_Zusammenhalt.pdf [abgerufen am 7.11.2018]

⁵ Vgl. Gero Neugebauer, Politische Milieus in Deutschland, Bonn 2007.

erhebliche Zukunftssorgen. Auch dort finden sich zum Teil erhebliche Ressentiments und Misstrauen gegenüber Politik und Gesellschaft. Es ist also keineswegs so, dass das untere Drittel nur aus Sozialhilfe-Empfängern und das zweite, mittlere Drittel aus lauter zufriedenen Gewinnern der sozioökonomischen und politischen Entwicklung besteht.

Ein weiteres Drittel der Gesellschaft rekrutiert sich schließlich vor allem aus der mittleren Mittelschicht. Sie weist eine **hohe Zufriedenheit** mit der sozialen Lage auf, sieht die **Zukunft weit positiver** und lehnt fremdenfeindliche oder rassistische Einstellungen zumeist ab.

Die gesellschaftliche Stimmung in Sachsen ist insgesamt wie in den Vorjahren ambivalent:

Grundsätzlich besitzen die Sachsen **persönlich positive Zukunftserwartungen**, ganz gleich, welcher sozialen Herkunft sie sind. Allerdings zeigt sich: Je höher der Schulabschluss, desto besser die Zukunftsaussichten für den Einzelnen. Dieser Trend hat sich in den drei Befragungen verfestigt. Gleiches gilt für die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage sowohl persönlich wie insgesamt in Sachsen. Hier gehen die Ergebnisse von 2016 bis 2018 um 3 Prozent bzw. 7 Prozent nach oben. Leicht angestiegen ist 2018 auch die Hoffnung auf einen persönlichen Aufstieg oder den der Kinder (+3 Prozent und +6 Prozent).

Dem stehen **große Zukunftssorgen gegenüber**: Dass die Gegensätze zwischen Arm und Reich zunehmen (stabil bei 83 Prozent) und der gesellschaftliche Zusammenhalt abnimmt (+7 Prozent - im Dreijahreslängsschnitt +6 Prozent), teilen sehr große Teile der Bevölkerung. Deutlich angestiegen sind auch die Ängste vor einer nicht ausreichenden Rente (+5 Prozent) und dem Verlust deutscher Kultur und Eigenart (+10 Prozent). Allerdings hängen auch diese Sorgen sehr stark vom Bildungsgrad und dem sozialen Status der Befragten ab. Unzweifelhaft ist aber ein Wachstum sozialer Deprivationsvorstellungen, das in keinem Verhältnis zur allgemein optimistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsperspektive steht. Die Ambivalenz der Einschätzungen bestätigt die These von der „nervösen Mitte“, die sich trotz eines robusten Wirtschaftswachstums in ihrer Stabilitäts- und Stuserwartung beeinträchtigt sieht.

Die Daten aller drei Umfragen des Sachsen-Monitors zeigen, **dass sich ein Drittel der Sachsen in der Beschreibung der positiven wirtschaftlichen Situation nicht wiederfindet. Das gilt vor allem für Menschen mit eher niedrigeren Bildungsabschlüssen und geringerem Einkommen.** Das ist allerdings kein sachsenspezifisches Phänomen. Die Erfahrung, trotz Arbeit auf Sozialleistungen angewiesen und von Armut betroffen zu sein, kann zu einem Gefühl führen, nicht gerecht behandelt zu werden. Strukturelle und persönliche Faktoren überlagern sich bei diesen Gruppen: Beispielsweise konkurrieren die Menschen mit einem niedrigen Bildungsabschluss mit Flüchtlingen bei Arbeitsplätzen und Wohnraum. Insofern spiegelt der Sachsen-Monitor die Angst vor Wohlstandskonflikten recht deutlich.

Ähnliche Erfahrungswerte weisen alle drei Sachsen-Monitore bei der Frage nach der Durchsetzung sozialer Rechte in Verwaltungen und vor Gericht auf. So zeigen die Daten, **dass die Demokratiezufriedenheit auch davon abhängt, ob ein Mensch seine Rechte gewahrt sieht oder nicht.** Die Gleichheit vor dem Recht ist eine zentrale Stütze der Demokratie. Wenn dieser Punkt angezweifelt oder als unglaubwürdig gesehen wird, ist die Demokratie einer ihrer Grundlagen beraubt. An dieser Stelle wären qualitative Aussagen unbedingt notwendig, um zu erfahren, welche konkreten Sachverhalte zu derartigen Empfindungen geführt haben.

Die Angst, dass es einem persönlich schlechter gehen werde, haben immerhin 37 Prozent. Angst, dass man das, was man sich „seit der Wiedervereinigung erarbeitet habe,

wieder zu verlieren“, teilt zwar nur ein Fünftel der Sachsen. Darunter sind vor allem 30 Prozent der Aufbaugeneration der 45- bis 59-jährigen zu nennen, die mit sieben Prozentpunkten mehr als in der Grundgesamtheit (23 Prozent) diese Sorge bedeutend stärker teilen. Auch diese Werte bestätigen die These von der „nervösen Mitte“, die - durchaus konfliktbereit – ihren erarbeiteten sozialen Status verteidigen möchte.

Hinzu kommt allem **Anschein nach die Verarbeitung von persönlichen oder gesellschaftlichen Erfahrungen von Arbeitslosigkeit bzw. negativ bewerteten Umbrucherfahrungen der Transformationszeit nach 1990**, die sich tief im „mental Rucksack“ der Sachsen festgesetzt hat. Das Gefühl, den gerechten Anteil am Leben oder sogar mehr zu erhalten, teilen 51 Prozent der Sachsen, das Gegenteil behaupten 45 Prozent. Trotz des stabil hohen Stolzes auf die Errungenschaften der Wiedervereinigung nach 1990 (88 Prozent in 2018 / 87 Prozent in 2017 / 85 Prozent in 2016), auf die Friedliche Revolution und die wirtschaftliche Spitzenposition in den neuen Bundesländern ist das Gefühl, „in Deutschland Bürger zweiter Klasse“ zu sein, weiterhin hoch. Diese Einschätzung teilen 52 Prozent in 2018 (plus 8 Prozent im Vergleich zu 2017 und 2016).

2009 hatte das Allensbach-Institut eine Zahl von 42 Prozent aller Ostdeutschen ermittelt, die sich als Bürger zweiter Klassen verstanden. Diese Zahl ist also deutlich niedriger angesiedelt als der Wert des Sachsen-Monitors 2018.⁶ Blickt man weiter zurück, so besitzt eine Umfrage des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* vom 12.11.1990 Bedeutung, in der sich bereits ähnliche Tendenzen zeigten.⁷ Wie auch immer die Zahlen im Detail zu deuten sind, zweifelsfrei handelt es sich hier um langfristige, verfestigte Einstellungen.

Hat diese negative Selbstwahrnehmung möglicherweise auch Konsequenzen auf den Umgang mit Fremden und mit Minderheiten? Die im bundesweiten Vergleich hohen rassistischen und fremdenfeindlichen Befunde in Sachsen werden nämlich – trotz leichter Schwankungen – auch im dritten Sachsen-Monitor bestätigt. Diese gilt es genauer zu betrachten und in Verbindung mit Einstellungen zu bringen.

Rechtsextreme Einstellungen

16 Prozent der Sachsen weisen sehr starke rechte Einstellungen auf. Sie sagen, die Deutschen seien „anderen Völkern von Natur aus überlegen“. Weitere 12 Prozent halten die Weißen für zu recht führend in der Welt. Fast genauso viele stimmen der Aussage voll und ganz zu, die Bundesrepublik sei durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet und durch die vielen Muslime in Deutschland fühle man sich wie ein Fremder im eigenen Land (14 Prozent - volle Zustimmung bzw. 35 Prozent teilweise Zustimmung). Gewachsen ist die Zahl der Sachsen mit antiziganistischen Vorurteilen (57 Prozent - ein Plus von 8 Prozent in 2018).

Erkennbar zurückgegangen ist die Zahl derer (2018 11 Prozent, 2017: 14 Prozent; 2016: 18 Prozent), die Verbrechen des Nationalsozialismus in der Geschichtsschreibung als übertrieben ansehen. 11 Prozent der Sachsen neigen zu harten antisemitischen Einstellungen („Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“). 21 Prozent stimmen einer „weicheren“ Aussage zum Antisemitismus zu („Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind“). **Bei beiden Fragen antworten mit 13 Prozent überproportional viele mit „weiß nicht“.** Harter Antisemitismus ist damit in Sachsen zwar

⁶ <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/allensbach-umfrage-42-prozent-der-ostdeutschen-fuehlen-sich-als-buerger-zweiter-klasse/5579234-all.html> [abgerufen am 7.11.2018].

⁷ Vgl. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13503318.html> [abgerufen am 7.11.2018].

zurückgegangen, es fällt aber auf, dass die „weiß nicht“-Antworten seit 2016 um 6 Prozentpunkte zugelegt haben, was entweder soziale Erwünschtheit, Indifferenz oder taktisch-politisches Antwortverhalten bedeuten könnte.

Diese Zunahme der „weiß nicht“-Angaben fand sich bereits im Sachsen-Monitor von 2017 bei der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen. Diese Altersgruppe weist besonders starke gruppenbezogene menschenfeindliche und rechtsradikale Einstellungen auf. Waren im letzten Jahr die Zahlen massiv zurückgegangen und dafür die „weiß nicht“-Angaben gestiegen, ähneln die Zahlen 2018 wieder eher den Ergebnissen von 2016. 17 Prozent dieser Altersgruppe sagen, die „Verbrechen des Nationalsozialismus werden in der Geschichtsschreibung übertrieben“ (6 Prozent mehr als im Durchschnitt der Befragten). Dass „Juden etwas Besonderes haben“, sagen signifikante 4 Prozent (15 Prozent) mehr als die Gesamtbevölkerung (11 Prozent). Im Falle antisemitischer Aussagen liegt Sachsen in etwa im Bundestrend. Eher untypisch sind die unter jungen Menschen verbreiteten antisemitischen Haltungen.

Auffällig ist die starke Zustimmung zu sozialdarwinistischen Aussagen bei einem Teil der jungen Erwachsenen: Auf die Frage, „von Natur aus sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“ stimmten insgesamt nur 10 Prozent voll und eher zu, unter den 18-29-Jährigen aber 23 Prozent. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Frage, ob es „wertvolles und unwertes Leben“ gibt, der voll und eher 12 Prozent aller Befragten zustimmte, aber 20 Prozent bei den 18-29-Jährigen. Der Aussage, „Menschen, die wenig nützlich sind, kann sich keine Gesellschaft leisten“, stimmten insgesamt 15 Prozent und damit 4 Prozentpunkte mehr zu als im Bundesdurchschnitt (11 Prozent)⁸, aber 18 Prozent der 18-29-jährigen. Die Ursachen für diese erhöhten Werte müssten durch weitere Studien geklärt werden. **Unklar ist, ob sich an dieser Stelle rechtsextremes Denken breit macht oder sich ein Nützlichkeitsdiskurs in unserer Gesellschaft abbildet, der Menschen nach Kosten-Nutzen-Logiken betrachtet und sozial schwächere Gruppen abwertet.**

Die Gruppe der jungen Erwachsenen ist gespaltener als andere Generationen: Auf der einen Seite junge Sachsen, die Angst vor den Folgen der Globalisierung haben. Auf der anderen Seite zeigt die Umfrage aber eben auch, dass die klare Mehrheit der jungen Erwachsenen die Globalisierungsprozesse als Chance und Bereicherung wahrnimmt.

Ressentiments und Vorurteile reichen bis weit in die Mitte der Gesellschaft

Rassistische Einstellungen finden sich dabei in Sachsen in allen Gesellschaftsschichten. Lediglich stärker akademisch geprägte Bürger artikulieren in geringerem Maße derartige negative Haltungen. **Gleichzeitig reichen Ressentiments und Vorurteile aber weit bis in die Mitte der Gesellschaft, auch wenn diese nicht als genuin rechtsextrem betrachtet werden können.** In allen drei Umfragen sehen über die Hälfte der Sachsen (2018: 56 Prozent) Deutschland in einem gefährlichen Maß überfremdet, obwohl nur ein Fünftel gegenüber 2017 plus 6 Prozent) ihre „persönliche Wohnumgebung“ als überfremdet empfindet. Zudem hat der Sachsen-Monitor von 2017 bestätigt, dass Menschen, die keine Ausländer im Kollegen- oder Freundeskreis kennen sowie in der eigenen Familie vorfinden, mehr Vorurteile ihnen gegenüber hegen. Es bleibt zu fragen, in welcher Weise mediale Wahrnehmungen sozialer Brennpunkte in westdeutschen Großstädten eine Rolle spielen.

Das Symbol für die Ablehnung und auch ein mögliches Bindeglied zu extrem rechten Milieus ist klar der Islam, wie bereits oben dargelegt.

⁸ So Zick et altera: Gespaltene Mitte, 178.

Mit 49 Prozent dieser muslimfeindlichen Aussagen liegt Sachsen unter den mittlerweile 55 Prozent des Bundesdurchschnitts. Im Westen ergibt diese Frage einen Wert von 56,1 Prozent und im Osten von 54,8 Prozent, so die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. 11 Prozent wollen laut Sachsen-Monitor 2018 (ein Plus von 3 Prozent im Vergleich zu 2017) eine Zuwanderung von Muslimen völlig verbieten, weitere 30 Prozent könnten sich dies in der Tendenz vorstellen. Diese 41 Prozent liegen leicht unter dem Bundesdurchschnitt von 44 Prozent, den die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018 mit der gleichen Fragestellung ermittelt hat – und deutlich unter den 50,7 Prozent im Durchschnitt der ostdeutschen Länder. Es verwundert deshalb nicht, dass die Sorge, deutsche Kultur und Eigenart könne verloren gehen, um 10 Prozentpunkte gegenüber 2017 gestiegen ist.

Auffallend ist, dass 71 Prozent derjenigen, die sich zu den unteren Schichten der Bevölkerung zählen, muslimfeindlichen Aussagen zustimmen und sich wegen der vielen Muslime wie Fremde im eigenen Lande fühlen. Menschen, die eher Vertrauen in Mitmenschen haben, stimmen mit 39 Prozent (voll 7 Prozent, eher 32 Prozent) deutlich weniger zu als Sachsen ohne großes zwischenmenschliches Vertrauen (voll 21 Prozent, eher 39 Prozent, alle 60 Prozent).

Grundsätzlich sind diese Werte kein Grund zur Beruhigung in Sachsen, sondern eher zur Sorge über bundesweite Einstellungsveränderungen.

Allerdings stimmen auch 50 Prozent der Aussage zu, **Langzeitarbeitslose** machen sich auf Kosten anderer ein schönes Leben. Ressentiments sind **also nicht nur um ein Problem, das sich gegen „Fremde“ richtet, sondern auch gegen sozial schwache Einheimische.**

Hier stellt sich die Frage, ob die Angst vor einer Unterschichtung durch Zuwanderung nicht auch zu fremdenfeindlichen Haltungen führt. Die untere Mitte könnte ihre Stabilitätserwartungen und ihren wirtschaftlichen Aufstieg dadurch gefährdet sehen, dass neue Gruppen (wie Asylsuchende) Ansprüche auf soziale Transferleistungen erlangen, während sie sich aber selbst ungerecht behandelt fühlt. Das führt dann zur Überlagerung von Zukunftssorgen und Ressentiments.

Lebensweltliche Erfahrungen?

Die demografischen Veränderungen in Stadt und Land, vor allem in den Klein- und Mittelstädten sorgen für weitere Irritationen der sächsischen Mittelschicht, die sich zu 89 Prozent als heimatverbunden ansieht. Dieser erstmals erhobene Wert verweist auf die Verwurzelung der Sachsen in ihrem Nahumfeld. Gleichzeitig wird Heimat nicht unkritisch wahrgenommen, sondern durch die Folgen des demografischen, sozialen und wirtschaftlichen Wandels kritisch rezipiert. **Bedroht sehen 77 Prozent der Sachsen „Heimat“, wenn „nahe gelegene Einzelhandelsgeschäfte und Arztpraxen schließen“ und 73 Prozent, wenn öffentliche Einrichtungen der Daseinsversorgung wie Schulen oder Schwimmbäder verschwinden würden, auch Brauchtum und Tradition verloren gehen.** Diese Angst findet sich besonders in Orten von unter 20.000 Einwohnern (84 bzw. 83 Prozent), also Kleinstädten, die vom demografischen Wandel nachteiliger als Groß- und Mittelstädte betroffen sind.⁹

Das Ergebnis kommt nicht überraschend, zeigen doch Studien zum Umzugsverhalten in Mitteldeutschland, dass sich Groß- und Mittelstädte in der Regel gut entwickeln, während Kleinstädte unter Druck geraten – und einen Teil ihrer öffentlichen Infrastruktur in den letzten

⁹Vgl. Manuel Slupina/ Theresa Damm / Reiner Klingholz, Im Osten auf Wanderschaft. Wie Umzüge die demografische Landkarte zwischen Rügen und Erzgebirge verändern, Berlin 2016.

Jahren eingebüßt haben. Auch der massive Wegzug der Nachwende-Jahrzehnte bildet sich im Sachsen-Monitor 2018 ab, wenn 73 Prozent der Befragten angeben, dass sie einen Heimatverlust spüren, wenn Freunde und Bekannte nicht mehr in der Nähe wohnen.

Kritische Einschätzungen der sozialen Marktwirtschaft, der Politik und der gesellschaftlichen Selbstermächtigungserfahrungen

Kritisch ist auch die Sichtweise vieler Sachsen auf Wirtschaft, Politik und Demokratie. Deutlich weniger als in Westdeutschland stimmen die Menschen im Freistaat der Aussage zu, „Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat“. Soziale Ungleichheit wird daher in Sachsen nicht in dem gleichen Maße wie von Westdeutschen als das Ergebnis eigenverantwortlichen Handelns angesehen. Das zeigt sich auch an der **Zustimmung zur Aussage**, dass **weniger die persönlichen Anstrengungen in Bezug auf die soziale Lage eine Rolle spielen, sondern eher äußere Umstände**. Diese Befunde sind allerdings nicht neu.

Betrachtet man soziale Ungleichheit als unverzichtbare Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Leistungsmotivation, gibt es ebenfalls Unterschiede. 52 Prozent der Sachsen stimmen der Aussage zu, dass Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen einen Anreiz für persönliche Leistung bieten. Diese Form der Rechtfertigung sozialer Ungleichheit wird in Westdeutschland viel stärker zugestimmt. Die Stabilitäts- und Belohnung-für-Leistung-Erwartungen im Osten der Bundesrepublik sind anders codiert als im Westen.

Der in den Aussagen zu Ökonomie und Leistungsgesellschaft erkennbare Trend lässt sich auch bei der Beurteilung politischer Verantwortung feststellen: Zum einen wird der **Politik die Hauptverantwortung für die Lösung** der gesellschaftlichen Probleme zugewiesen (2018: 62 Prozent und damit ein Plus von 4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Doch die **Politik erscheint zugleich in einem negativen Licht** hat sie doch die Probleme anscheinend unbefriedigend gelöst. Zum anderen wird deutlich, dass die eigene Engagementbereitschaft zur Veränderung gesellschaftlicher Umstände nicht sehr hoch ist. Auch hier zeigt sich die Mitte der Gesellschaft ambivalent, denn 85 Prozent der Befragten finden das Engagement von Bürgern in demokratischen Parteien sehr wichtig oder wichtig, um die Demokratie zu schützen, 73 Prozent finden Bürgerinitiativen wichtig, 70 Prozent Demonstrationen gegen extremistische Bestrebungen.

Noch immer ist die Diskrepanz groß zwischen der abstrakten Forderung nach mehr Partizipation und der geringen Bereitschaft aktiv in Parteien und bürgerschaftlichen Aktivitäten zur Politikgestaltung beizutragen. **Die Aufgabe Politik zu gestalten, wird einseitig Politikern zugewiesen**. Zugleich ist die Skepsis gegenüber Politikern ausgeprägt, während das Vertrauen in demokratische Institutionen hoch ist. Überhaupt gibt es im letzten Jahrzehnt einen Zuwachs an Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in den neuen Ländern.

Dennoch meinen nur 25 Prozent (minus 3 Prozent) der Sachsen, dass Politiker einen engen Kontakt zu Bevölkerung suchen. Nur 16 Prozent (minus 5 Prozent) erwarten, dass sich Politikern um die Sorgen der „einfachen Leute“ kümmern. Sogar 63 Prozent der Sachsen neigen zu **post-demokratischen Überzeugungen**, nach denen die Wirtschaft und nicht die Parlamente das Sagen hätten.

Daraus lässt sich auch ein **Mangel an Selbstermächtigungserfahrungen** ableiten. Denn nur wenige geben an, sich um Ämter und Mandate bewerben oder in politischen Parteien

mitarbeiten zu wollen. 59 Prozent meinen, ihr Engagement würde keinen Ertrag bringen, 51 Prozent scheuen die Verantwortung eines Amtes, 39 Prozent meinen, zu wenig Zeit für ein derartiges Engagement zu haben. Dabei gibt es riesige Unterschiede bei den Bildungsabschlüssen. 79 Prozent der Sachsen mit Hauptschulabschluss bzw. ohne Abschluss sowie 75 Prozent derer mit Realschulabschluss stimmen dieser Aussage voll oder eher zu, dass sie nicht viel bewirken könnten. Sachsen mit höherer Bildung sind hier weit selbstbewusster, wenngleich immer noch überwiegend kritisch. Vermutlich können sie aber wirksamer agieren, weil sie die gesellschaftlichen Spielregeln besser kennen und eigene Interessen besser durchsetzen können.

Die Kritik an Politikern und Parteien geht einher mit einer Hochschätzung der direkten Demokratie. Durch die Form der direkten Mitbestimmung meinen 81 Prozent der Befragten (keine Zuwächse im Vergleich zu 2017), dass die Einflussnahme der Bürger wachsen würde und sich Politiker stärker am Volkswillen ausrichten würden (75 Prozent in 2018 – plus 4 Prozent). Sogar zu 57 Prozent halten die direkte Demokratie für die wahre Demokratie (plus 5 Prozent im Vergleich zu 2018). Hier lässt sich allerdings fragen, wie tief das Wissen über die Funktionsweisen der parlamentarischen Demokratie in der Bevölkerung verankert ist. Dies auch vor dem Hintergrund, dass 49 Prozent der Sachsen angeben, sich nicht für Politik zu interessieren.

Der Aussage, „wenn das Volk mehrheitlich in einer Volksbefragung etwas fordert, dann sollte das von der Politik auch umgesetzt werden – egal was Gerichte, Parlamente oder das Grundgesetz dazu meinen“ stimmen voll 32 Prozent und eher 36 Prozent zu (insgesamt 68 Prozent). Auch hier gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Bildungsabschlüssen, aber eben auch eine Mehrheit der Sachsen mit höherer Bildung stimmt dieser bedenklichen Aussage zu.

Sachsens Bevölkerung zeigt sich auch hinsichtlich der Erwartungen an Politik als „nervöse Mitte“. Augenfällig ist und bleibt in allen Facetten des Sachsen-Monitors eine **überbordende Stabilitätserwartung an Politik**, der aber nur eine begrenzt Eigeninitiative zur Beruhigung gesellschaftlicher Verhältnisse gegenübersteht. Diese Ambivalenzen sollten auch die großen Verbände und Organisationen zum Nachdenken aufrufen, welchen Beitrag sie intern und extern für die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts leisten können. Dass die sächsische Bevölkerung durchaus konfliktbereit ist, erlangten Wohlstand verteidigen will bzw. nur partiell bereit ist, neue soziologische Gruppen in ihrer Mitte aufzunehmen, ist ein weiteres Ergebnis der drei Sachsen-Monitore, das in der Breite der Gesellschaft intensiv diskutiert werden sollten. Dabei braucht eine **dynamische Gesellschaft** wie die des Freistaates in der Mitte der Gesellschaft immer **Stabilität, soziale Absicherung und Öffnung**.